

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

1.00 Fr.

## AKTUELL

### Endlager soll in der Schweiz realisiert werden

Für die Entsorgung der schwach- und mittelaktiven Nuklearabfälle soll auch nach dem Nein zum Endlager Wellenberg eine Lösung in der Schweiz gefunden werden. Diese Einschätzung vertritt die Arbeitsgruppe des Bundes für nukleare Entsorgung, wie sie am Dienstag mitteilte. Gegen den Wellenberg als Standort für ein Endlager würde aus technisch-wissenschaftlicher Sicht nichts sprechen.

### Kappellbrücke kostete 3,4 Millionen Franken



Der Wiederaufbau der abgebrannten Kappellbrücke in Luzern kostete rund 3,4 Millionen Franken. Dies geht aus der am Montag veröffentlichten Bauabrechnung des Luzerner Stadtrates hervor. Die hölzerne Kappellbrücke, ein Wahrzeichen der Stadt, war am 18. August 1993 ein Opfer der Flammen geworden und wurde zum grössten Teil zerstört. (Bild: AP)

### Weltbank zufrieden über CH-Zusammenarbeit

Weltbankpräsident James D. Wolfensohn hat sich sehr befriedigt über die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der Weltbank gezeigt. Anlässlich seines zweitägigen offiziellen Besuchs in der Schweiz wies Wolfensohn vor der Presse Vorwürfe zurück, wonach die Weltbank heute überflüssig geworden sei.

### Neues Arbeitsrecht

(mü) – Ein modernes neues Arbeitsrecht soll inskünftig den Rahmen für sämtliche Aktivitäten in der Arbeitswelt bilden. Zur vorgeschlagenen Änderung des Arbeitsgesetzes erklärte Regierungsrat Dr. Michael Ritter am gestrigen Pressegespräch, dass damit vor allem drei Ziele verbunden seien: eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts, die Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Fragen der Arbeits- und Ruhezeit sowie die Umsetzung bestimmter Richtlinien des EWR-Rechts. Mit der Teilrevision könnten nicht nur die Bedürfnisse der Wirtschaft abgedeckt, sondern vor allem die Interessen der Arbeitnehmerschaft besser gewahrt werden, bemerkte der Wirtschaftsminister. Die ebenfalls geplante Revision des Arbeitsvertragsrechtes soll dazu dienen, die Pflichten der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitnehmern zu konkretisieren und rechtlich festzuschreiben. Verbessert wird insbesondere die Informationslage der Arbeitnehmer. Schliesslich ist laut Dr. Ritter auch ein Mitspracherecht in Bearbeitung, das von der Regierung gestern erstmals behandelt wurde.

## Wirtschaftlich in einer revolutionären Umbruchphase

Franz Steinegger Gastreferent beim ersten FBPL-Frühlingstreffen gestern in Mauren – Empfang in Vaduz



Die Fortschrittliche Bürgerpartei in Liechtenstein (FBPL) veranstaltete gestern im Gemeindesaal in Mauren ihr erstes Frühlingstreffen. Im Mittelpunkt der erfolgreichen Veranstaltung stand ein Referat von Nationalrat lic. iur. Franz Steinegger, Präsident der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz, zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen. Im Vorfeld des Treffens stand ein Empfang und Besuch der Staatlichen Kunstsammlung in Vaduz auf dem Programm. Mehr über das erste FBPL-Frühlingstreffen auf den Seiten 4 und 5. (Bild: Klaus Schädler)

## Gute Entwicklung der Wirtschaft

(G.M.) – Die Wirtschaft des Fürstentums Liechtenstein weist derzeit eine gute Entwicklung auf. Diese Auffassung vertritt Wirtschaftsminister Dr. Michael Ritter am Pressegespräch von gestern Dienstag.

Der vom Amt für Volkswirtschaft herausgegebene Konjunkturtest wies mit Ausnahme der Bauwirtschaft ein positives Bild des produzierenden Gewerbes und der Industrie aus. Gesamtwirtschaftlich, so der Wirtschaftsminister, könne aber eine erfreuliche Situation festgestellt werden.

Die Arbeitslosenzahl ist erstmals nach fünf Monaten mit steigenden Arbeitslosenzahlen im April wieder gesunken. Auch dies wertet der Wirtschaftsminister als wichtigen Indikator für die positive Wirtschaftslage. Nach Angaben der Arbeitsvermittlungsstelle waren Ende April noch 242 Arbeitslose registriert, womit die Arbeitslosenquote noch 1,1 Prozent beträgt.

Obwohl es der Wirtschaft nach Angaben von Wirtschaftsminister Ritter gesamthaft gut geht, lässt sich die Arbeitslosenzahl nur schwer abbauen. Dies ist daraus ersichtlich, dass im April vor einem Jahr weniger Arbeitslose als dieses Jahr registriert wurden.

## Regierungschef: Die Regierung darf die Beamten ernennen

Vorwurf von Fürst Hans-Adam II. wegen Verfassungsverletzung – Stellungnahme von Regierungschef Dr. Mario Frick am Pressegespräch

(G.M.) – Die Ernennung der Staatsbeamten durch den Fürsten bzw. durch die Regierung ist eines der Themen der derzeitigen Verfassungsdiskussion. Fürst Hans-Adam II. erwähnte in einem Interview, dass sich die Regierungen bei der Beamtenernennung über die Verfassung hinwegsetzen. Regierungschef Dr. Mario Frick betonte am Pressegespräch von gestern Dienstag, dass die Regierung durch eine Erlaubnis des Fürsten die Möglichkeit besitze, Beamte zu ernennen.

Fürst Hans-Adam II. erklärte in einem Interview mit dem «Liechtensteiner Vaterland» im Zusammenhang mit Verfassungsverletzungen: «Man wird in jedem Fall feststellen müssen, dass in der geltenden Verfassung dem Fürsten gewisse Kompetenzen zustehen. Ob es dabei nun

um die Beamtenernennung geht, über die man sich seit dreissig Jahren hinwegsetzt, oder um die Bestimmung, dass ein Gesetz nur dann rechtsgültig ist, wenn es vom Fürsten gegengezeichnet wird, das alles ist in der Verfassung klar geregelt, und da kann man sich nicht einfach darüber hinwegsetzen.»

Regierungschef Dr. Mario Frick sagte am Pressegespräch, angesprochen ob die Regierung immer noch die Verfassung mit der Beamtenernennung verletze: Nicht ganz klar sei nach dem Gesetz, wer ein Beamter sei. «Ist jeder, der beim Staat arbeitet, ein Beamter?» In einem historischen Rückblick erläuterte er, dass nach Änderungen des Gesetzes in den sechziger Jahren nicht mehr klar sei, was ein Beamter sei. Die Sache stelle sich

nicht so einfach dar, wie man im Zusammenhang mit der heutigen Diskussion glauben könnte.

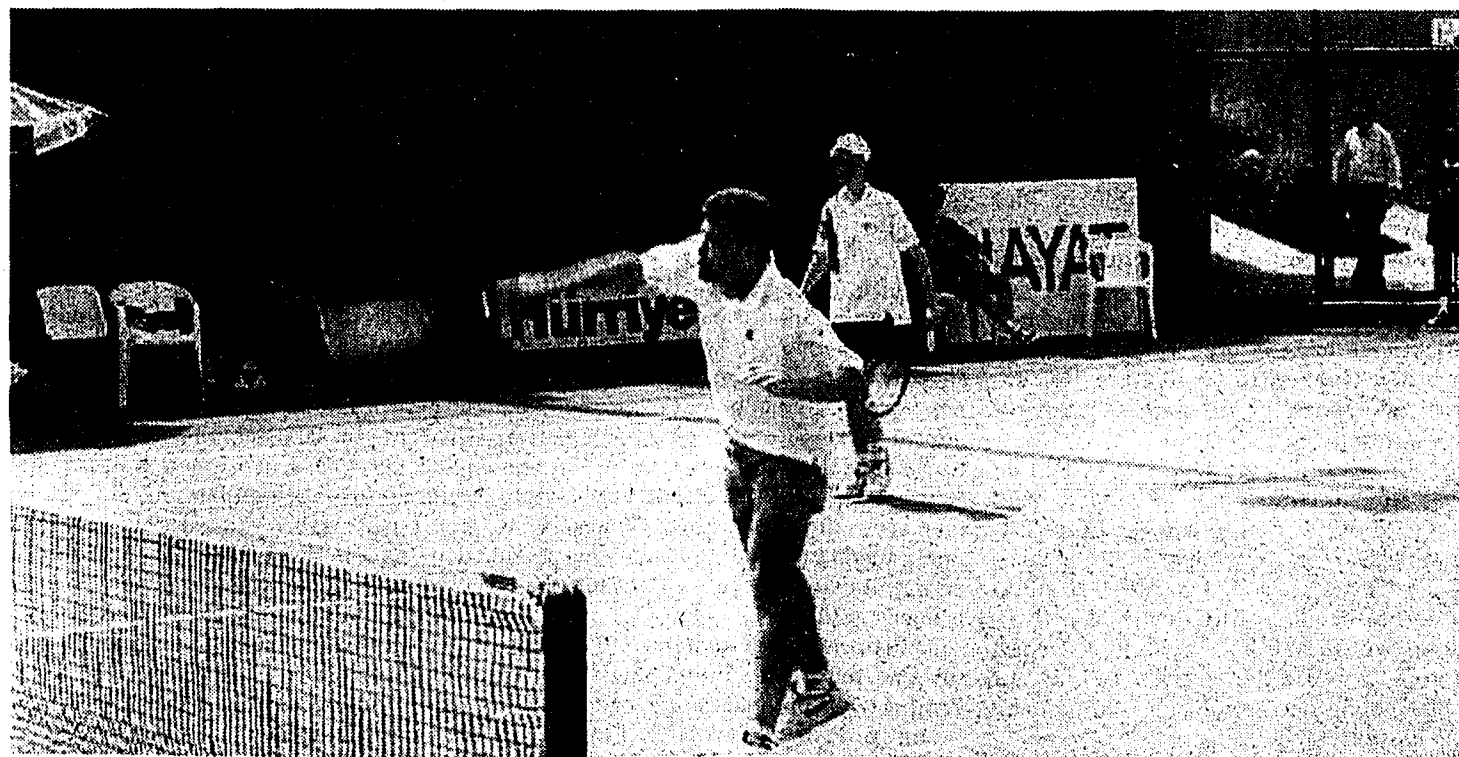
Zur Frage, ob der jetzigen Regierung auch, nicht nur dem früheren Regierungschef Hans Brunhart vom Fürsten der Vorwurf der Verletzung der Verfassung gemacht werden könne, meinte Regierungschef Frick: Frühere Regierungen, nicht nur die Regierung Brunhart, hätten die Ernennung der Beamten oder Staatsangestellten so gehandhabt, möglicherweise aufgrund des Glaubens an einen stillschweigenden Konsens – zumindest sei dies nicht moniert worden. Im Jahre 1988 habe die Regierung die Situation bereinigen wollen, doch sei dies aus bekannten Gründen nicht zustande gekommen.

Um sich nicht dem Vorwurf der Verletzung der Verfassung auszusetzen, habe die Regierung den Fürsten um eine Bereinigung ersucht. Fürst Hans-Adam II. hat in Schreiben explizit die Ernennung der Beamten an die Regierung delegiert, befristet jeweils auf ein Jahr. Er finde das in Ordnung, die Regierung solle diese Ernennungen vornehmen. Damit sei die Frage vorerst offen gelassen worden, was ein Beamter sei.

Fürst Hans-Adam II. hat nach den Ausführungen von Regierungschef Frick erklärt, dass er nicht an der Beamtenernennung hänge, aber man müsse diese Angelegenheit im Zusammenhang mit anderen Fragen sehen, die von einer Verfassungskommission des Landtags ebenfalls behandelt werde.

## Tennis-Davis Cup: Türkei schlägt Liechtenstein 3:0

Klare Niederlage für unsere Mannschaft gestern zum Auftakt in Istanbul



Mit einer 3:0-Niederlage gegen Gastgeber Türkei startete Liechtensteins Tennis-Nationalteam gestern ins Davis-Cup-Turnier (Euro/Afrika-Zone, Division III) in Istanbul. Nachdem Stephan Ritter seinem Gegner Ergun mit 3:6, 5:7 unterlag, verlor auch Liechtensteins Nummer 1, Christoph Hoop, gegen Karagoz knapp mit 4:6, 6:7. Im bedeutungslosen Doppel mussten sich Daniel Kieber und Jürgen Tömördy (Bild) den türkischen Duo Oral/Azkara mit 3:6, 2:6 geschlagen geben. Die Liechtensteiner beklagten sich nach dem Spiel über die krasse Schieds- und Linienrichter-Benachteiligung. (Bild: vito)

## 1995 weniger tief ins Glas geschaut

Bern (AP) Die Schweizer Bevölkerung hat letztes Jahr erneut etwas weniger tief ins Glas geschaut als im Vorjahr, belegt aber mit einem Verbrauch von 9,4 Litern reinen Alkohols weiterhin einen Spitzenplatz in Europa. Am meisten ging der Bierkonsum zurück, wie die Eidgenössische Alkoholverwaltung am Dienstag mitteilte.

Pro Kopf der Bevölkerung wurden 1995 drei Deziliter reinen Alkohols weniger konsumiert, nämlich 9,4 Liter. Wird der Konsum lediglich auf die Einwohner über 15 Jahre bezogen, sind es jedoch 11,4 Liter gegenüber 11,7 Litern im Vorjahr.

## Traumziel Kalifornien

Complimenti  
für Dich und Mich

bei der Post 081 740 31 03 Haag